



### Presseschau vom 04.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Venezuela reagiert auf Trumps Drohung von Militärintervention**

Venezuela verurteilt die Äußerungen von US-Präsident Donald Trump über eine mögliche Militärintervention. Caracas wird keine Einmischung von außen zulassen, egal, woher sie komme. Dies erklärte die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez während einer Pressekonferenz am Sonntag.

„Wir akzeptieren diese Äußerungen des amerikanischen Präsidenten nicht und verurteilen sie“, sagte Rodríguez gegenüber den Journalisten, die sie um einen Kommentar zu den jüngsten Äußerungen von Trump baten.

Venezuela werde seine Grenzen schützen und keine Einmischung von außen zulassen, egal, woher sie kommen werde, so Rodríguez weiter.

„Wir sind immer bereit, unser Territorium und unsere Prinzipien zu verteidigen (...). Niemand darf daran zweifeln, dass wir bei einem Angriff reagieren werden“, sagte die Vertreterin der venezolanischen Regierung.

Zuvor hat Trump in einem Interview mit dem US-Sender CBS erklärt, das Entsenden von US-Soldaten nach Venezuela sei für ihn durchaus „eine der Optionen“. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32382/51/323825104.jpg>

### de.sputniknews.com: **Iranisches Atomprogramm: Trump widerspricht eigenen Geheimdiensten**

US-Präsident Donald Trump ist mit den Schlussfolgerungen der amerikanischen Geheimdienste, dass der Iran das Atomabkommen einhält, nicht einverstanden.

„Ich widerspreche ihnen“, sagte Trump in einem Interview mit dem TV-Sender CBS. „Ich habe einen Geheimdienst, aber das bedeutet nicht, dass ich ihnen zustimmen muss“, sagte Trump.

Als Beispiel führte er Präsident George W. Bush an, der sich auf die Daten der Geheimdienste verlassen hatte, die davon zeugten, dass der Irak „alle Arten von Massenvernichtungswaffen“ hatte.

„Diese Mitarbeiter der Geheimdienste verstanden absolut nicht, was sie taten, und sie haben uns in einen Krieg geführt, an dem wir nie hätten teilnehmen sollen“, sagte Trump.

Die Spannungen zwischen dem Iran und den USA verschärfen sich seit Mai 2018, als US-Präsident Donald Trump das Atomabkommen aufkündigte und die Strafmaßnahmen wieder in Kraft setzte.

### **vormittags:**

#### de.sputniknews.com: **Russische Militärpolizei erweitert ihr Präsenzgebiet in Syrien**

Die russische Militärpolizei in Syrien hat ihren Streifendienst nordöstlich von Manbidsch in der Provinz Aleppo fortgesetzt, den Ort Tell Rifaat erreicht und damit ihr Präsenzgebiet erweitert. Dies teilte der Chef der Hauptverwaltung der Militärpolizei des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Wladimir Iwanowski, mit.

„Wir arbeiten heute in Tell Rifaat, der zweiten Entflechtungszone. Wir haben faktisch alle Beobachtungsposten und eine Durchlass- und Kontrollstelle passiert. Die Hauptaufgabe besteht vor allem darin, diese Beobachtungsposten zu schützen und den Waffenstillstand einzuhalten. Bei uns ist jetzt eine neue Einheit eingetroffen, die diese Aufgabe angetreten hat“, sagte Iwanowski nach einer dahingehenden Inspektion.

Laut dem Militärpolizeichef überwachen die ihm unterstellten Einheiten außerdem erfolgreich die Aufstellung von Sicherheitsposten durch die syrischen Regierungstruppen und den Transport von humanitären Hilfsgütern.

Die russische Militärpolizei überwacht seit dem 8. Januar nordöstlich von Manbidsch

gelegene Gebiete, wobei die Streifenroute regelmäßig gewechselt wird. Auf Bitte der einheimischen Bevölkerung wurde die Kontrolle über den Distrikt Manbidsch Ende Dezember 2018 von den kurdischen Selbstverteidigungskräften an die syrischen Regierungstruppen übertragen. Die Kurdeneinheiten hatten den Distrikt freiwillig in östlicher Richtung verlassen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32375/29/323752997.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen neunmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Kalinowo-Borschtschewatoje, Sokolniki, Shelobok, Molodjoshnoje, Kalinowo, Kalinowka.**

Geschossen wurde mit 82mm- und 120mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Venezuela: Kanzler Kurz sichert Guaidó „volle Unterstützung“ zu**  
Der Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz, hat mit dem selbsternannten Interims-Präsidenten Venezuelas, Juan Guaidó, telefoniert, teilte das Bundeskanzleramt am Sonntag der APA mit. Er soll ihm im Kampf gegen den Noch-Präsidenten Nicolás Maduro den Rücken gestärkt haben.

In einem Telefongespräch soll Bundeskanzler Kurz am Freitag Guaidó seine „volle Unterstützung“ zugesichert haben in dem Bemühen, „rasche, freie und faire Präsidentschaftswahlen“ zu organisieren. Es gehe darum, die Demokratie in Venezuela wiederherzustellen.

Guaidó hatte sich am 23. Januar mit Unterstützung der USA zum Übergangsstatschef erklärt. Am Sonntag ist ein Ultimatum abgelaufen, wonach Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Großbritannien, die Niederlande und Belgien Guaidó als legitimen Präsidenten anerkennen würden, falls Maduro keine freien Präsidentschaftswahlen ausrufen sollte. Die USA sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, ebenso das EU-Parlament, haben Guaidó bereits anerkannt. Hinter Maduro stehen unter anderem Russland, China und die Türkei.

ukrinform.ua: **Sawtschenkos Schwester reicht Unterlagen bei Wahlkommission ein - ohne Anzahlung**

Die Parlamentsabgeordnete Nadija Sawtschenko, die sich in Haft befindet, hätte Unterlagen und den Antrag über die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin bei der Zentralwahlkommission der Ukraine eingereicht.

Dies teilte Radio Liberty mit.

„Die Schwester Vira Sawteschko hat der Wahlkommission den Antrag übergeben. Sie sagte auch, dass der Antrag über die Kandidatenaufstellung ohne den erforderlichen Betrag in Höhe von 2,5 Mio. Griwna eingereicht wurde“, heißt es in der Mitteilung.

Sawtschenko reicht Unterlagen ohne die geforderten 2,5 Millionen Griwna ein, indem sie sich auf den Artikel 103 der Verfassung der Ukraine beruft. Im Artikel sind die Forderungen aufgezählt, denen ein Präsidentschaftskandidat entsprechen soll. In diesem Artikel steht nichts von einer Anzahlung in Höhe von 2,5 Millionen Griwna.

Am 3. Februar war Schlusstag des Zeitraums für Übergabe von Unterlagen für die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten. Die Registrierung der Dokumente wird bis zum 8. Februar andauern.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_08/thumb\\_files/630\\_360\\_1533816146-5689.jpeg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_08/thumb_files/630_360_1533816146-5689.jpeg)

### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 03. Februar 3:00 Uhr bis 04. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 15.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Golmowskij, Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks); Jasinowataja, Krutaja Balka, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Nabereshnoje, Leninskoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 39.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 186.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden,

nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Deutschland und etliche EU-Länder erkennen Guaidó als Übergangspräsidenten an**

Die Regierungen von Deutschland, Spanien, Großbritannien, Frankreich, Schweden und Dänemark haben den venezolanischen Oppositionschef Juan Guaidó als Interimspräsidenten anerkannt.

Guaidó sei aus deutscher Sicht der legitime Interimspräsident, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Montag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe in Tokio.

„Bis gestern ist keine Wahl für eine Präsidentschaft ausgerufen worden. Deshalb ist jetzt Guaidó die Person, mit der wir darüber reden und von der wir erwarten, dass sie einen Wahlprozess möglichst schnell initiiert“, so Merkel.

Bundesaußenminister Heiko Maas hat seinerseits Bedauern geäußert, dass Präsident Nicolas Maduro „der Aufforderung der EU, freie und faire Präsidentschaftswahlen einzuleiten, nicht nachgekommen ist“.

ukrinform.ua: **Präsidentschaftswahlen 2019: Zentrale Wahlkommission beendet Dokumentenaufnahme**

Die Zentrale Wahlkommission der Ukraine hat die Dokumentenaufnahme für die Registrierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen der Ukraine am 31. März 2019 abgeschlossen.

Gemäß der geltenden Gesetzgebung war der 3. Februar der letzte Tag für die Einreichung von Dokumenten. Ihre Annahme endete um Mitternacht, meldet Ukrinform.

Insgesamt haben 89 Personen Unterlagen eingereicht, 17 von ihnen am letzten Tag der Einreichung von Dokumenten.

Derzeit sind bereits 28 Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen registriert.

Am 3. Februar Dokumente hat auch das amtierende Staatsoberhaupt Petro Poroschenko Dokumente bei der Zentralwahlkommission eingereicht.

Der Zeitraum für die Aufstellung von Kandidaten, durch Parteien oder durch Selbstaufstellung, für den Posten des Staatspräsidenten und die Einreichung von Dokumenten bei der Zentralen Wahlkommission dauerte vom 31. Dezember 2018 bis zum 3. Februar 2019.

Vor dem Einreichen von Dokumenten muss der Präsidentschaftskandidat oder die Partei, die ihn aufstellt, eine Anzahlung in Höhe von 2,5 Millionen Griwna (UAH) einzahlen.

Die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten läuft bis einschließlich 8. Februar.

Anträge über die Absage der Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen nimmt die Zentrale Wahlkommission bis zum 7. März an.

Die Wahlagitation beginnt am Tag nach der Registrierung eines Kandidaten für den Posten des Präsidenten und endet um 24:00 Uhr am 29. März.

Die Aufstellung der Wahlkreiskommissionen wird bis zum 18. Februar und die der Bezirkswahlkommissionen bis zum 12. März dauern.

Die Abstimmung bei den Präsidentschaftswahlen findet am 31. März 2019 von 8:00 bis 20:00 Uhr statt.

Die Abstimmungsergebnisse muss die Zentrale Wahlkommission bis zum 10. April zusammengestellt haben.

Spätestens 30 Tage nach der Bekanntgabe der offiziellen Ergebnisse muss der neugewählte Präsident sein Amt antreten.

Wie früher schon berichtet hatte die Werchowna Rada der Ukraine (auch Oberste Rada, Red.) am 26. November die Präsidentschaftswahlen für Sonntag, den 31. März 2019, festgelegt.

Außerdem müssen gemäß den Anforderungen des Gesetzes die nächsten Parlamentswahlen

Ende Oktober nächsten Jahres stattfinden.

### **nachmittags:**

de.sputniknews.com: **Lawrow: EU drängt Venezuela Ultimatum auf**

Zur Überwindung der politischen Krise in Venezuela will Europa laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow das Format einer „Kontakt-Gruppe“ durchsetzen. Nach seiner Auffassung wäre es jedoch effektiver, alle Seiten zur Venezuela-Regelung heranzuziehen. Der Minister verwies auf den von Moskau unterstützten Vorschlag von Uruguay und Mexiko, alle politischen Kräfte Venezuelas zu diesem Zweck zu mobilisieren.

„Bedauerlicherweise wird jetzt von Europa und nicht von Lateinamerika (...) eine etwas merkwürdige Konfiguration der internationalen Zusammenarbeit aufgedrängt. Die Europäische Union ist mit der Initiative aufgetreten, eine Kontaktgruppe zu bilden, der nach ihrem Ermessen ihre eigenen Mitglieder – etwa acht oder zehn an der Zahl – und eine analoge Zahl lateinamerikanischer Länder angehören sollten. Von welchen Kriterien dabei ausgegangen wird, weiß niemand. Dabei hat man weder uns noch die Chinesen noch die Amerikaner dorthin eingeladen“, sagte Lawrow in seiner Rede in der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität in Bischkek, der Hauptstadt Kirgistans.

„Aber der Anspruch der EU auf eine führende Rolle bei den Vermittlerbemühungen lässt Fragen aufkommen, denn diese Vermittlertätigkeit wird von den Ländern aus der Kontaktgruppe vorgeschlagen, von denen die meisten, wenn nicht alle, das Ultimatum unterstützt haben, welches heute abläuft. Sie hatten vor acht Tagen von (Präsident Nicolás) Maduro gefordert, neue Präsidentschaftswahlen auszuschreiben. Dies bedeutet, dass diese Vermittler am heutigen Tag seinen Gegner als einen neuen legitimen kommissarischen Präsidenten anerkennen müssten. Das ist jedoch keine Art zu vermitteln. Das bedeutet schon ein Ultimatum und nicht einen Versuch, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen“, betonte der Minister.

„Präsident Maduro hat wiederholt erklärt, er sei zu einem Dialog ohne Ultimaten und Vorbedingungen bereit. Die Opposition mit Herrn Guaidó an der Spitze lehnt bedauerlicherweise den Dialog ab und fordert ultimativ den Rücktritt von Nicolás Maduro und die Machtübertragung an die Oppositionskräfte. Und das wird bei unmittelbarer Begünstigung durch Washington und Europa getan (...)“, so Lawrow.

Die EU hatte am 31. Januar die Bildung einer Kontaktgruppe zur Lösung der Venezuela-Krise bekanntgegeben. Nach Absicht der EU soll die Gruppe Bedingungen für einen politischen und friedlichen Prozess schaffen, damit die Venezolaner selbständig, durch freie, transparente und vertrauenswürdige Wahlen ihre Zukunft entsprechend der Verfassung des Landes bestimmen können.

Zur Gruppe gehören Vertreter der EU und von acht Mitgliedsstaaten des Bündnisses (Deutschland, Spanien, Italien, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Frankreich und die Schweiz) sowie von lateinamerikanischen Ländern (Bolivien, Costa Rica, Uruguay und Ecuador).



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32382/62/323826293.jpg>

Lug-info.com: Die Einheiten der Volksmiliz der LVR begannen heute den morgendlichen Appell mit einer Schweigeminute zum Andenken an den tragisch verstorbenen Leiter der Koordination der Volksmiliz Oberst Oleg Anaschtschenko, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko mit.

„Oleg Wladimirowitsch war ein echter Held, ein echter Kommandeur, der sich nicht hinter dem Rücken sein er Leute versteckte, sondern zusammen mit ihnen Kampfaufgaben durchführte“, unterstrich Marotschko und fügte hinzu, dass die Soldaten der Volksmiliz Anaschtschenko zu Recht als ihren Helden ansehen, dem man es gleichtun sollte.

In Lugansk wurde heute ein Gedenktafel für Anaschtschenko eingeweiht, die sich an dem Mehrparteienwohnhaus befindet, in dem der Oberst lebte.

Die Zeremonie führte der Assistent der Leiters der Volksmiliz der LVR zur Arbeit mit Gläubigen Vater Wladimir durch.

„Anaschtschenko war nicht gleichgültig, und als die Stunde kam, ging er, um seine Heimat zu verteidigen, die Menschen zu verteidigen, die sich neben ihm befanden. Er versteckte sich nie, er war immer der Idee treu, die er verteidigte. Der Feind konnte ihn nicht im Kampf überwinden, aber wir haben gesehen, wie gemein unsere Gegner handeln“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der LVR Oleg Kowal. ....

Marotschko berichtete, das Anaschtschenko nur ein Jahr in der Funktion des Leiters der Volksmiliz war, aber in dieser Zeit „gelang es ihm eine kolossale Arbeit zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Republik zu leisten“.

„Die Sache, die Oleg Wladimirowitsch begann, geht bis heute weiter und ich denke, dass dank solcher Menschen in jedem Fall der Sieg unser sein wird“, unterstrich Marotschko. Oberst Anaschtschenko war am 4. Februar 2017 in Lugansk durch ein Sprengstoffanschlag auf sein Auto getötet worden. Ermittlungen ergaben, dass ukrainische Diversionsgruppen für den Terroranschlag verantwortlich waren.



[http://img.lug-info.com/cache/6/7/\(153\)\\_1.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/6/7/(153)_1.JPG/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: **Bundesregierung fördert lieber Austausch mit der Ukraine als mit Russland**

*Armin Siebert*

Auch wenn deutsch-russischen Themenjahre inzwischen zu einer Tradition geworden sind, fällt die Förderung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit durch die Bundesregierung eher stiefmütterlich aus. Gefördert wird eher der Austausch mit Frankreich, den USA oder der Ukraine. Russlandkritische Think-Tanks werden dagegen großzügig unterstützt.

2018 wurde das Deutsch-Russische Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften feierlich vom deutschen und russischen Außenminister Heiko Maas und Sergej Lawrow in Berlin beendet. Gleichzeitig wurde das Jahr der deutsch-russischen Hochschulkooperation eröffnet, das bis 2020 laufen soll. Diese Symbolhandlungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass solche Kooperationen nur recht spärlich von der Bundesregierung gefördert werden.

Während die kommunale Zusammenarbeit Deutschlands mit der Ukraine im Jahre 2018 in Höhe von 1.135.197 Euro gefördert wurde, wurde die kommunale Kooperation mit Russland aus den Mitteln des Bundes in demselben Jahr mit nur 72.000 Euro unterstützt. Dies ergab eine Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Linkspartei. Diese Zahlen sind umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass es viel mehr Städtepartnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten gibt als mit ukrainischen Gemeinden.

Die Diskrepanz in der Förderung deutsch-ukrainischer im Vergleich zu deutsch-russischer kommunaler Zusammenarbeit begründete die Bundesregierung mit „entwicklungspolitischer Zusammenarbeit“:

„Die Bundesregierung erklärt den unterschiedlichen Umfang der Förderung der kommunalen Zusammenarbeit mit Russland und der Ukraine dadurch, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen zusätzlich im Rahmen der Entwicklungspolitik der Bundesregierung unterstützt wird. Russland ist kein Partnerland der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.“

„Während für die Aufrüstung und Aufstockung des Militärbudgets zweistellige Milliardenbeträge vorgesehen sind, findet die Bundesregierung keine Mittel zur Förderung von internationalen Austausch- und Begegnungsmaßnahmen im Rahmen von kommunalen

und regionalen Partnerschaften. Die deutsch-russischen Städtepartnerschaften brauchen dringend bessere finanzielle Ausstattung“, erklärt der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Andrej Hunko, zu dieser Antwort der Bundesregierung. Die Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko und Dr. André Hahn von der Linkspartei haben die Bundesregierung zum aktuellen Stand der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland befragt. Dabei haben die linken Politiker auch Vergleichszahlen zu Kooperationen mit den USA und Frankreich abgefragt. Zu den Ergebnissen äußerte Hunko:

„Das von 2018 bis 2020 laufende Jahr der deutsch-russischen Hochschulkooperation ist eine zu würdigende Fortsetzung, die entsprechend finanziert werden sollte, wie zum Beispiel das Deutschlandjahr in den USA 2018-2019 mit 21,1 Millionen Euro. Für das Themenjahr mit Russland sind dagegen allerdings nur 200.000 Euro eingeplant.

#### **Endlich Anerkennung für Blockadeopfer**

Die Linkspartei weist in ihrer Anfrage auch auf eine Rede des deutschen Außenministers Heiko Maas hin, in der er die Schaffung einer Begegnungsstätte in St. Petersburg für Überlebende der deutschen Blockade Leningrads von 1941 bis 1944 anregte. Dies scheint nun konkret im Budget des Auswärtigen Amts eingeplant zu sein, wie die Bundesregierung bestätigt:

„Die Bundesregierung plant in Absprache mit der Regierung der Russischen Föderation und der Stadt St. Petersburg die finanzielle Unterstützung eines Krankenhauses für Blockadeopfer in St. Petersburg sowie den Aufbau eines Zentrums für Begegnungen zwischen noch lebenden Blockadeopfern und Deutschen. Für 2019 hat der Deutsche Bundestag hierfür im Haushalt des Auswärtigen Amts unter Kapitel 0502 Titel 68713 Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro bereitgestellt und für die Jahre 2020 bis 2024 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro (2020: 4 Millionen Euro; 2021: 3 Millionen Euro, 2022: 1 Millionen Euro, 2023: 1 Millionen Euro, 2024: Millionen Euro) eingerichtet.“

#### **Kein neuer Gedenkort für sowjetische Opfer des Faschismus**

Am 21. und 22. Juni 2018 war der neue Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, zum ersten Mal in seiner Amtszeit in Moskau. Dort regte er den Bau einer Gedenkstätte für die sowjetischen Kriegsoffer an:

„Uns fehlt im Zentrum Berlins ein angemessener Ort für die etwa 27 Millionen Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Belarus, der Ukraine, Russland und weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken.“

Auf Nachfrage der Linkspartei äußerte die Bundesregierung nun, dass die bisher vorhandenen Gedenkstätten ausreichend seien:

„Die Erinnerung und das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungsfeldzugs in der Sowjetunion werden anlässlich von Gedenkveranstaltungen und Kranzniederlegungen an den zahlreichen sowjetischen Ehren- und Denkmälern in Deutschland sowie an der Neuen Wache in Berlin regelmäßig gepflegt. Zudem vermittelt das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst, das vollständig aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert wird, am historischen Ort der Vollziehung der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 in umfassender Weise Wissen zum deutschen Vernichtungskrieg im Osten.“

Andrej Hunko von den Linken kritisiert dies in einer Pressemitteilung:

„Die Schaffung eines angemessenen Ortes im Zentrum Berlins für die etwa 27 Millionen Opfer des Vernichtungskrieges in Russland, Belarus, der Ukraine und weiteren ehemaligen Sowjetrepubliken, auf dessen Fehlen bereits SPD-Staatsminister Michael Roth im Juni 2018 hingewiesen hatte, steht noch aus. Stattdessen verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort lediglich auf eine Sonderausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht im bereits bestehenden Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst im Jahr 2020.“

#### **Russlandkritischer Think Tank wird üppig gefördert**

Unabhängig von der eigentlichen Fragestellung der Linken zur kommunalen Zusammenarbeit mit Russland stellte die Bundestagsfraktion auch eine Frage zur Förderung des Think-Tanks „Zentrum Liberale Moderne“ (LibMod). Diese Denkfabrik wurde 2017 von den Eheleuten und ehemaligen Grünen-Politikern Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründet. Bis zur Niederlegung Ihres Mandats 2017 war Beck die vehementeste und radikalste Kritikerin Russlands und Unterstützerin der Ukraine im deutschen Bundestag gewesen. Auch der Zentrum Liberale Moderne gilt als explizit russlandfeindlich.

Geleakte Geheimdokumente (<https://sptnkne.ws/ky9s>) zur britischen Geheimkampagne „Integrity Initiative“ suggerieren, dass Marieluise Beck und andere Mitarbeiter von Libmod zentraler Bestandteil des deutschen Clusters von „Integrity Initiative“ werden sollten. Das Vorstandsmitglied von LibMod, Armin Huttenlocher, hat inzwischen seine Teilnahme an „Integrity Initiative“ bestätigt, wie in diesem Video zu sehen ist.

<iframe width="883" height="497" src="https://www.youtube.com/embed/yEuO1sitk04" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/yEuO1sitk04>

Die von Großbritannien finanzierte und europaweit sich im Aufbau befindliche Integrity Initiative soll Kräfte bündeln, um russlandfreundliche Stimmen in Medien, Politik und Wirtschaft zu verdrängen. Während LibMod bei der Gründung Ende 2017 den Eindruck vermittelte, eine Art Start Up von Aktivisten zur Unterstützung der Ukraine zu sein, stellt sich nun auf Nachfrage der Linken heraus, dass Libmod bereits im ersten Jahr des Bestehens 2018 umfangreich von der Bundesregierung gefördert wurde.

„Die Unterstützung der Bundesregierung für das Zentrum Liberale Moderne bis Ende 2018 ergibt sich aus folgender Tabelle:

Jahr	Haushaltstitel	Grund der Förderung	Zuweisende Stelle	Summe in Euro
2018	0504 687 13	Ukraine in Europa: Wissen vermitteln, Verständnis fördern, Netzwerke aufbauen	AA	90.000
2018	0502 687 15	Gedenken an die Opfer des Massakers 1941	AA	10.000
2018	1702 684 04	Förderung des Projektes „Die liberale Demokratie und ihre Gegner“	BMFSFJ	148.283

<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32382/72/323827275.jpg>

Interessant ist hierbei die staatliche Förderung des Projektes „Die liberale Demokratie und ihre Gegner“. Angesichts der aufgedeckten Kampagne „Integrity Initiative“, die offiziell russische Desinformation bekämpfen will, ist die Förderung eines solchen Projektes bei einem antirussischen Think Tank bemerkenswert.

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.02.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feuereinstellung 15-mal verletzt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Drapatyj und Garas die Gebiete von **Sajzewo, Gomowskij** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus die Gebiete von **Jasinowataja, Krutaja Balka, Trudowskije** und der **Flughafen von Donezk** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Nabereshnoje** und **Sachanka** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Im Zusammenhang mit den sich nähernden Präsidentschaftswahlen verstärkt sich die Hysterie in den Reihen des höheren ukrainischen Militärkommandos mit jedem Tag immer mehr. Das ist auch verständlich, denn die einzige Chance für die ukrainische Generalität, auf ihren warmen Plätzen sitzen zu bleiben, besteht darin, ihrem Herrn dabei zu helfen zu siegen. Neben der Entsendung von Agitationsbrigaden in die Truppenteile schaltete sich Mushenko persönlich in die Agitationskampagne ein. Der Leiter des Generalstabs und oberster Kommandeur der Streitkräfte der Ukraine Mushenko hat begonnen, über die sozialen Netzwerke für den derzeitigen Präsidenten zu agitieren. Die Brigadekommandos ihrerseits zwingen ihre Pressedienste, seine Aufrufe unter den Untergebenen zu verbreiten und so eine feste Anweisung für die „richtige Wahl“ zu geben.

Außerdem haben Mushenko und der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew beschlossen, vor Abschluss der Wahlen keine Rotation durchzuführen. Diese Entscheidung wurde getroffen, um das Personal, das sich in der Kampfzone befindet, vor „Fehlern“ zu warnen, weil in die ständigen Stationierungspunkte zurückgekehrte erboste ukrainische Soldaten plötzlich „nicht für jenen Kandidaten“ stimmen könnten. Für das Kommando der Besatzungskräfte ist es um einiges leichter und zuverlässiger, die Wahlen in der Zone der Kampfhandlungen zu organisieren. Da sie alle notwendigen Personaldaten haben, ist es ohne Mühe möglich, die Ergebnisse der Wahlen zugunsten Poroschenkos zu fälschen.

Inzwischen hat Najew beschlossen, die 128. Gebirgsschirm- und die 28. mechanisierte Brigade bis zum Abschluss der Wahlen in der Zone der Kampfhandlungen zu lassen. So sind einfache Soldaten ein weiteres Mal Opfer politischer Spiele geworden.

#### de.sputniknews.com: **Irakisches Parlament erwägt Kündigung des Sicherheitsabkommens mit USA**

Das irakische Parlament will einen Gesetzentwurf konzipieren, der eine Aufkündigung des Sicherheitsabkommens mit den USA und somit einen Abzug von US-amerikanischen und anderen ausländischen Militärberatern vorsehen soll. Das sagte der erste Vizeparlamentschef Hassan Al Kaabi am Montag.

Somit antwortete er auf die jüngste Erklärung von US-Präsident Donald Trump, wonach die USA ihre Militärpräsenz im Irak beibehalten, um „den Iran überwachen zu können“.

„Das Parlament wird in der anstehenden Tagung an einem Gesetzentwurf arbeiten, der die Aufkündigung des Sicherheitsabkommens mit den USA sowie die Beendigung der Präsenz von Militärinstruktoren und -beratern der USA und anderer fremder Staaten im Irak beinhalten wird“, hieß es in der Mitteilung auf der offiziellen Webseite des Parlaments.

Zudem kritisierte Al Kaabi die Erklärung von Trump als grobe Verletzung der Souveränität und Verfassung des Iraks.

Trump ging seinen Worten zufolge mit seinen „provokativen“ Äußerungen gegen die Gesetznormen vor.

„In der irakischen Verfassung ist vorgesehen, dass das Land nicht als ein Brückenkopf für eine Aggression gegen einen Staat dienen kann“, so der Vizeparlamentschef.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32382/87/323828784.jpg>

de.sputniknews.com: **China und Norwegen machen der Nato Sorgen**

Die Nato ist über die zunehmende Aktivität Chinas in der internationalen Arena besorgt, sagte die stellvertretende Generalsekretärin der Nordatlantischen Allianz, Rose Gottemoeller, am Montag vor dem norwegischen Atlantik-Komitee.

„Die wachsenden Wirtschafts- und Militärmächte, einschließlich China, steigern ihre Schubkraft in der Internationalen Arena“, so Gottemoeller.

Die Nato-Vizechefin äußerte ferner Besorgnis darüber, dass die Verteidigungsausgaben Norwegens, eines Nachbarlandes Russlands, nur unzureichend seien.

„Norwegen ist das einzige Nato-Mitglied, das an Russland angrenzt und dabei (trotz der Nato-Forderung – Anm. d. Red.) weniger als zwei Prozent seines BIP für Verteidigungszwecke ausgibt. Norwegen hat keinen geeigneten Plan, um dies zustande zu bringen“, sagte Gottemoeller.

Wie die norwegische Verteidigungsministerin Tone Skogen im Februar 2018 gegenüber den Mitgliedern des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments gesagt hatte, sehe Oslo keine Bedrohung für die nationale Sicherheit vonseiten Russlands und glaube nicht, dass dieses Land „in nächster Zeit eine solche Bedrohung darstellen kann“.

Laut Skogen will Norwegen für Russland „ein voraussehbarer Nachbar“ sein.

Die Ministerin merkte zugleich an, dass Oslo „mit Ungeduld eine Stärkung der nördlichen Nato-Flanke, darunter auch seiner maritimen Komponente, erwartet“. Sie teilte auch mit, dass die norwegische Regierung eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 24 Prozent gesichert habe.

de.sputniknews.com: **Wegen Teilnehmer von der Krim: Deutschland sagt Partnerschaftstreffen in Kasan ab**

Deutschland hat seine Teilnahme an einer Konferenz abgesagt, die in Kasan hätte stattfinden sollen, geht aus einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hervor. Die Teilnahme einer Universität von der Krim soll der Grund gewesen sein.

Dies wäre das fünfte Treffen der Leiter russischer und deutscher Bildungs- und

Forschungseinrichtungen gewesen, eines der wichtigsten Ereignisse im Rahmen des russisch-deutschen Jahres der Wissenschafts- und Bildungspartnerschaften 2018-2020, teilte das Außenministerium mit.

Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Teilnahme des Rektors der Föderalen Universität Krim, Andrej Falalejew, an der Konferenz geplant sei. Eine Woche vor dem Forum hätten das deutsche Auswärtige Amt und die deutschen Universitäten den Organisatoren jedoch ein Ultimatum gestellt, nach dem Falalejew die Teilnahme am Forum wegen „Nichtanerkennung der Krim und der Stadt Sewastopol durch Deutschland“ verwehrt werden sollte.

„Im Wesentlichen geht es um die Absicht der deutschen Seite, Einwohner dieser Regionen und Vertreter der dortigen Strukturen von bilateralen Kooperationsprogrammen auszuschließen. In dieser Hinsicht bekräftigen wir unsere unveränderte Position, wonach die Krim und Sewastopol vollwertige Subjekte der Russischen Föderation sind“, heißt es in der russischen Stellungnahme. Jede Ausnahmeregelung in diesem Zusammenhang sei definitionsgemäß nicht möglich, insbesondere wenn versucht werde, diese durch Bedrohungs- und Druckmethoden zu erreichen. Vor diesem Hintergrund liege die gesamte Schuld für den Zusammenbruch der Konferenz in Kasan ausschließlich auf deutscher Seite. „Wir bedauern, dass sie diesmal die Sprache der Ultimaten dem Dialog vorgezogen hat“, betonte das russische Außenministerium.

#### **mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine Tendenz zur Verschärfung.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Sokolniki** und **Shelobok** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Majstrenko, wurden die Gebiete von **Kalinowo**, **Kalinowo-Bortschtschewatoje**, **Molodjoshnoje** und **Solotoje-5** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Garas wurde das Gebiet von **Kalinowoka** mit Granatwerfern beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 130 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Wir erhalten weiter Informationen über Verbrechen der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte gegen friedliche Bürger.

So sind bei den Rechtsschutzorganen in Stschastje 38 Anzeigen mit Beschwerden örtlicher Einwohner über Soldaten der wieder in der OOS-Zone eingetroffenen 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eingegangen.

In dem recht kurzen Zeitraum ihrer Anwesenheit in der OOS-Zone haben die Soldaten dieser Brigade sich gegenüber den örtlichen Einwohnern „als ehemalige Sträflinge, die sich frech benehmen, sich mit Plünderung und dem Tausch von Lebensmitteln gegen Alkohol befassen“ gezeigt. Die Zivilbevölkerung in den Stationierungsgebieten der Brigade nennt die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte „hirnverbrannt“.

Am 3. Februar schlugen zwei Vertreter der „hirnverbrannten“ Brigade, die betrunken waren, die Verkäuferin eines Lebensmittelgeschäfts brutal, weil im Geschäft russische Musik lief. Danach nahmen sie das gesamte Geld aus der Kasse mit und flohen vom Ort des Verbrechens. Die Rechtsschutzorgane von Stschastje reagieren in keiner Weise auf Anzeigen örtlicher Einwohner und verschließen weiter die Augen vor den Ausschreitungen der ukrainischen

Kämpfer.

Das Kommando der OOS nutzt weiter **ausländische Söldner in der Strafoperation im Donbass**.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurde die Ankunft einer Gruppe von Scharfschützen, die in ihrer Mehrheit aus Frauen besteht, die mit baltischem Akzent sprechen, bemerkt, mit den örtlichen Einwohnern sind sie äußerst selten in Kontakt.

Nach Informationen unserer Quellen ist die Gruppe nach Übungen in der Westukraine zur Aktivierung der Scharfschützertätigkeit eingetroffen, um die Lage entlang der Kontaktlinie zu verschärfen und um nach Abschluss des theoretischen Kurses praktische blutige Erfahrung zu erhalten.

Vor genau zwei Jahren, am 4. Februar, starb infolge eines hinterhältigen Terrorakts ukrainischer Spezialdienste der Leiter der Volksmiliz der LVR Oberst Oleg Wladimirowitsch Anaschtschenko. In den ersten Tagen des Krieges stand er zur Verteidigung der Einwohner des Donbass auf und gab sein Leben für unsere Freiheit.

Die Volksmiliz hat einen fähigen Kommandeur, Erzieher, echten Patriot der Republik verloren. Dennoch ist es der Ukraine nicht gelungen, unsere Soldaten zu bezwingen und seine Sache wird fortgesetzt werden. Der terroristische Staat Ukraine und seine Führer werden die verdiente Strafe erhalten.

de.sputniknews.com: „**Atomarer Wahnsinn**“ - Oskar Lafontaine zu US-Rückzug aus INF-Vertrag

In einem Facebook-Post erklärt Linken-Politiker Oskar Lafontaine, wie die USA Russland und China einkreisen und militärisch bedrohen, warum die Reaktionen von Angela Merkel und Heiko Maas auf den US-Rückzug aus dem INF-Vertrag nicht in deutschem Interesse waren und weshalb man sich in Europa Sorgen machen sollte.

Die Welt habe sich mittlerweile daran gewöhnt, am Rande der nuklearen Katastrophe zu stehen, schreibt der Politiker und erinnert an 1983.

„1983 zum Beispiel meldeten sowjetische Computer einen US-Raketenangriff, und nur weil der diensthabende Oberst Stanislaw Petrow die Nerven behielt und einen Computerfehler vermutete, blieb die Welt von einem nuklearen Inferno verschont.“

Nun hätten die USA ihren Rückzug aus dem INF-Vertrag verkündet. Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Heiko Maas mit Schuldzuweisungen an Russland reagiert hätten, sei „erbärmlich und nicht im deutschen Interesse“, so der Linken-Politiker. Er verweist darauf, dass die USA 2019 rund 700 Milliarden Dollar für Rüstung ausgeben, während es in Russland nur 66 Milliarden sind.

„Ein Blick auf die Landkarte zeigt: Die USA kreisen Russland und China ein. Um ihr Drohpotential zu erhöhen, brauchen sie landgestützte Atomraketen mit hoher Treffgenauigkeit und kurzen Vorwarnzeiten - Flugdauer: circa zehn Minuten - , die Moskau oder Peking bedrohen.“

Umgekehrt bräuchten die Vereinigten Staaten keine solchen Raketen aus Russland oder China zu fürchten. Europa jedoch würde sich im Fall eines Konflikts mittendrin befinden und müsse daher entschieden gegen die Stationierung von US-Atomraketen auf europäischem Boden eintreten:

„Wenn landgestützte Raketen in Europa stationiert werden, dann ist es logisch, dass Russland seine Raketen auf diese Standorte richten wird. Leider ist zu befürchten, dass die europäischen Vasallen der USA die Stationierung landgestützter US-Raketen mittragen werden, weil bekanntlich der Russe an allem Schuld ist und sie unfähig sind, eine eigenständige europäische Außenpolitik zu verfolgen und die deutschen und europäischen Interessen wahrzunehmen. Und das in einer Zeit, in der Donald Trump die Maske fallen ließ und aller Welt gezeigt hat: ‚America first‘ heißt: Die Führungsclique der USA verfolgt nur

ihre eigenen Interessen, der Rest der Welt ist ihr egal. Für Europa und Deutschland kann das nur heißen: US-Atomraketen haben auf europäischem Boden nichts verloren.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32382/94/323829497.jpg>

#### de.sputniknews.com: **Nato verlängert Präsenz ihrer Schiffe im Schwarzen Meer**

Die Nato hat vom Jahr 2017 an die Präsenz ihrer Kriegsschiffe im Schwarzen Meer um 40 Tage verlängert, teilte die stellvertretende Generalsekretärin der Nordatlantischen Allianz, Rose Gottemoeller, am Montag mit.

„Im Zeitraum von 2017 bis 2018 haben wir den Aufenthalt unserer Schiffe im Schwarzen Meer von 80 auf 120 Tage verlängert“, so Gottemoeller.

Die Präsenzdauer der Nato in dieser Region sei ausreichend, aber die Allianz prüfe Wege zur Fortsetzung der Arbeit mit den Partnern Ukraine und Georgien, um „ihre Möglichkeiten zu optimieren“, sagte die Nato-Vizechefin.

Gottemoeller bezeichnete gemeinsame Übungen als einen wichtigen Bestandteil dieser Arbeit. Im Dezember 2018 hatten die Nato-Länder nach einem Treffen ihrer Außenminister die Absicht bekräftigt, die Präsenz im Schwarzen Meer fortzusetzen.

#### de.sputniknews.com: **Kanada verweigert Sputnik Zutritt zu Venezuela-Gesprächen**

Das kanadische Außenministerium hat Korrespondenten der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti sowie Sputnik die Akkreditierung für das Treffen der Lima-Gruppe verweigert. Bei diesem Treffen in Ottawa sind Gespräche der Teilnehmer-Länder über die Situation in Venezuela geplant.

Eine konkrete Begründung für die Verweigerung der Akkreditierung ist nicht bekanntgegeben worden.

Der Sputnik-Korrespondent habe sich in der Vergangenheit „nicht höflich genug“ gegenüber dem kanadischen Außenminister verhalten, so zunächst die Stellungnahme des kanadischen Außenministeriums.

Was hiermit gemeint ist, ist unklar.

Die sogenannte Lima-Gruppe ist ein multilaterales Gremium mit zwölf Teilnehmerländern. Das Ziel des Gremiums ist es, einen friedlichen Ausgang der Krise in Venezuela zu erreichen.

...